

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Schwerpunkt der Flächentwicklung auf Überseestadt legen – konkurrierende Flächenentwicklungen stoppen

Die Entwicklung in der Überseestadt, einer riesigen Fläche, direkt im Anschluss an die Innenstadt gelegen, stellt eine große Chance für Bremen dar. Allerdings müssen aus Chancen auch realistische Perspektiven werden.

Erste Erfolge in der Umnutzung sind zu verzeichnen: Die Kunsthochschule und das Kulturforum und demnächst auch das geplante Info-Center Überseestadt beleben den Speicher XI. Unternehmen aus der Wind-Energie-Branche haben sich angesiedelt, Straßenbauprojekte schreiten voran, Investoren interessieren sich für die „Hafenkante“, die Verbindung mit der Innenstadt vom Stephani-Quartier aus wird geplant.

Die Voraussetzung, einen Entwicklungsschub einzuleiten, ist mit dem jetzt fertiggestellten Masterplan gegeben. Mit dem Masterplan wird im Oktober auf der Münchner Immobilienmesse „Expo-Real“ erstmals überregionales Marketing für die Überseestadt betrieben.

Die Stadtbürgerschaft ist übereinstimmend der Auffassung, dass die Entwicklung der Überseestadt das zentrale Entwicklungsgebiet für Bremens Zukunft darstellt. Gleichwohl wird es in den nächsten Jahren erheblicher – auch finanzieller – Anstrengungen bedürfen, die rund 300 Hektar große Fläche tatsächlich in einen neuen, vitalen Teil der Stadt zu verwandeln. Es handelt sich bei der Überseestadt um ein Großprojekt, dessen Gelingen ein sehr sorgfältiges Abwägen sämtlicher damit zusammenhängender Entscheidungen erfordert. Gleichzeitig mit den Bemühungen zur Entwicklung und Vermarktung der Überseestadt werden jedoch zurzeit weitere Flächen mit hohen Kosten entwickelt, die im direkten Konkurrenzverhältnis zur Überseestadt stehen – wie z. B. die Westerweiterung des Technologieparks oder seine Ausdehnung in das Hollerland.

Bremen hat beschränkte Flächenressourcen; Bremen hat sehr knappe finanzielle Mittel; vor allem hat Bremen aber ein beschränktes Potenzial bei der Ansiedlung neuer Firmen. Mehrere Standorte in Konkurrenz zueinander zu entwickeln, schadet unter diesen Voraussetzungen Bremen in hohem Maße. Bremen muss sich endlich von der überzogenen und zerstörerischen Flächenpolitik verabschieden. Die Wirtschaftskraft und die finanziellen Möglichkeiten Bremens müssen auf die Überseestadt konzentriert werden, um zu einem gesamtstädtischen Erfolg zu werden.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. bei der Entwicklung von Flächen (Gewerbe, Dienstleistung, Kultur, Gastronomie, Wohnen) den absoluten Schwerpunkt auf die finanziellen und stadtplanerischen Anstrengungen für die Entwicklung der Überseestadt zu legen;
2. sämtliche Flächenentwicklungsvorhaben in Bremen daraufhin zu untersuchen, ob sie in der Überseestadt einen sinnvollen Alternativstandort finden können;

3. die Planungen für die Technologieparkerweiterungen nicht weiterzuverfolgen und stattdessen das Interesse der Ansiedlungen auf den Standort Überseestadt zu lenken;
4. auf der Grundlage des Masterplans die verschiedenen Gebiete in der Überseestadt zügig mit detaillierten Bereichsplanungen voranzubringen, um die Flächen marktfähig zu machen;
5. die Marketingstrategien für die Überseestadt in Bremen, in der Region und überregional erheblich zu stärken;
6. es zu ermöglichen, dass auch Zwischen-, Übergangs- und Gemeinschaftsnutzungen (Gründerzentren) in der Überseestadt möglich werden, um die dynamische Weiterentwicklung nicht ausschließlich von Großinvestoren abhängig zu machen.

Karin Krusche,
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen